

einen infamen Warenwucher in den von ihm beherrschten Städten trieb und damit die Wut der Bevölkerung hervorrief, die sich in dem Fleischboykott äußerte. In Oesterreich besteht das niederträchtige System der „Verzehrungssteuer“, das den Einwohnern der Großstädte das Fleisch in unsinnigster Weise verteuert. Dazu kam, daß auch hier die Agrarier die Sperre für Vieh und Schweine durchgesetzt haben, nämlich die Sperre der Grenze gegen die Balkanstaaten. Früher wurde viel serbisches und rumänisches Magervieh eingeführt, das in Oesterreich gemästet wurde, und dieses Vieh fehlt zurzeit. Sofort haben aber, genau wie in Deutschland, die Händler dies ausgenutzt, um die Preise zu schrauben. Deshalb wird heute in Oesterreich der Ruf nach Öffnung der Grenze erhoben. Davon will indessen die Regierung nichts wissen. Dagegen wird ein Ausfuhrverbot erwogen. Man darf gespannt sein, was dabei herauskommt. Sehr wahrscheinlich ist, daß in diesem Falle an manchen deutschen Märkten, die österreichisches Vieh beziehen (die sächsischen und bairischen Städte) der Preis horrend steigt, aber in Wien nicht bedeutend sinkt, weil der Händlerling durch ein Ausfuhrverbot nicht gebrochen wird.

Drittens aber ist die Berufung der Agrarier auf die angeblichen hohen Preise im Auslande gerade für sie denkbar unlogisch. Wenn es nämlich richtig wäre, daß eine allgemeine, internationale Verteuerung der Viehpreise eingetreten ist, dann ist ja der hohe deutsche Zoll offenbarer Wahnsinn. Einen Zoll, der „die Ueberflutung des deutschen Marktes mit zu Schleuderpreisen verkauften ausländischen Waren einen Damm entgegenzusetzen soll“ — um uns der agrarischen Ausdrucksweise zu bedienen — mag man noch mit Scheingründen verteidigen. Wenn aber diese ausländische Ware nicht verschleudert wird, wenn ihr Preis steigt, dann ist doch offenbar eine Verteuerung dieser Ware ein offenkundiges volkswirtschaftliches Verbrechen. Besonders wenn es sich um eins der notwendigsten Lebensmittel handelt und die einheimische Landwirtschaft den Bedarf zu decken nicht imstande ist. An sich teure Lebensmittel noch künstlich durch den Zoll verteuern, den Hunger herbeiführen, um Großgrundbesitzern und Viehhändlern enorme Extraprofite zu verschaffen, das ist eine Infamie.

Das Resultat dieser Wucherpolitik zeigt sich — der Konsum geht zurück. Solange die Hochkonjunktur andauerte, konnte die Bevölkerung noch die hohen Preise ertragen, aber 1909 zeigt sich bereits eine absolute Abnahme des Fleischkonsums. Das neueste Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich weist nämlich folgende Zahlen auf über die Zahl der Tiere, die der Fleischschau unterlagen (und das ist sämtliches in öffentlichen Schlachthäusern geschlachtete Vieh, unberücksichtigt sind nur die Hausgeschlachtungen):

	1909	1908	1909 mehr (+) od. weniger (-)
Ochsen, Bullen u. Kühe	2 000 051	2 220 054	+219 887
Jungvieh	1 181 597	1 040 487	+141 110
Kälber	5 130 708	4 758 887	+371 821
Schafe und Ziegen	2 082 241	2 705 579	+623 338
Schweine	15 500 775	16 508 488	+1 007 713

Die Summe von Vieh, die diese Schlachttiere liefern, läßt sich auf folgende Weise ermitteln: Das durchschnittliche Gewicht beträgt (nach Angaben der Regierung in der Denkschrift zur Begründung des Zolltarifs) für Ochsen, Bullen und Kühe 5 Doppelzentner, für Jungvieh 3,5, Kälber 0,5, Schafe und Ziegen 0,80, Schweine 1,5 Doppelzentner. Die Schlachtausbeute aber wird bei allen Tierarten angegeben auf 50 Prozent des Lebendgewichts, bei Schweinen auf 1,25 Doppelzentner pro Stück. Wir haben also als Schlachtausbeute zu rechnen bei Rindern 250 Kilogramm, bei Jungvieh 1,75, bei Schafen und Ziegen 30, bei Kälbern 25 und bei Schweinen 125 Kilogramm. Das ergibt ein Mehr bei den ersten vier Viehgattungen von 84 819 015 Kilogramm, aber ein Weniger bei Schweinen von 122 213 500 Kilogramm. Somit insgesamt 38,4 Mill. Kilogramm weniger an konsumiertem Fleisch.

Gerade der überaus starke Rückgang der Schweineschlachtungen beweist die ganze Misere: es ist in erster Linie die Arbeiterbevölkerung, die ihren Fleischbedarf durch den Kauf billiger Würst deckt, und hier ist der Rückgang eingetreten.

Allerdings: die Hochschlächtereien machen gute Geschäfte! Es wurden 1909 151 357 Pferde gegen 187 247 im Vorjahre geschlachtet.

Wir haben es herrlich weit gebracht unter dem agrarischen Regime!

Die totgeschwiegene Wahlrechtsdebatte.*

Von Rosa Luxemburg.

Der Vorwärts folgt in der ganzen Diskussion über die preussische Wahlrechtsbewegung eine Taktik, die sowohl vom politischen wie vom journalistischen Standpunkt das Originellste darstellt, was mir je vorgekommen ist.

Zuerst lehnt er am 2. März einen Artikel von mir über die Frage der Anwendung des Massenstreiks ab, mit der folgenden Erklärung:

Leider kann ich Ihre beiden Artikel nicht aufnehmen, da nach einer Vereinbarung zwischen Parteivorstand, geschäftsführendem Ausschuss der preussischen Landeskommission und Redaktion zunächst die Frage des Massenstreiks nicht im Vorwärts erörtert werden soll.

Dann erklärt er in der Beilage zu Nr. 132 vom 9. Juni, daß „das Verbot von einem Verbot der Erörterung des Massenstreiks und des republikanischen Gedankens ein Tatbestand ist“. Und in seiner Einleitung zum Bericht der inzwischen erfolgten Diskussion erklärt er am 10. Juli noch einmal meine Behauptung, die Haltung des Vorwärts sei durch den Beschluß der Parteinstanzen beeinflusst worden, für „phantastisch“.

Ferner: der Vorwärts schweigt die ganze Zeit, solange die Wahlrechtsbewegung dauert und solange die Frage von der darin anzuwendenden Taktik alle Gemüter in der Partei erregt; er nimmt nicht bloß selbst nicht Stellung zu der Frage, sondern berichtet nicht einmal seinen Lesern von der in der gesamten übrigen Parteipresse Preußens lebhaft geführten Diskussion. Dann erklärt er

* Genossin Luxemburg ersucht uns, den folgenden Artikel, der eine Antwort auf den Artikel des Vorwärts: Die totgeschwiegene Wahlrechtsbewegung, ist und dessen Aufnahme ihr der Vorwärts verweigert hat, zu veröffentlichen.

am 10. Juli, jetzt sei die Zeit gekommen, daß auch er, der Vorwärts, als Zentralorgan über die Diskussion zur Frage des Wahlrechtskampfes Bericht erstatte, denn solange die Aktion dauerte, hätte seine Teilnahme an der Diskussion auch nur in der Form einer Berichterstattung den verhängnisvollsten Eindruck auf — die bürgerliche Presse gemacht. Schön. Mitte Juli begann also der Vorwärts über die Diskussion des Massenstreiks, die sich zum Schluß hauptsächlich zwischen dem Genossen Kautsky und mir in der Neuen Zeit abspielte, zu referieren. Und wie referiert er nun? Er bringt, nachdem er meine ersten Artikel in der Dortmunder Arbeiterzeitung besprochen, in zwei Beilagen (Nr. 162 und 163) ein ausführliches Referat über den ersten Artikel Kautskys „Was nun?“, der die Diskussion in der Neuen Zeit eröffnete, dann referiert er in einer Beilage über Pannetocks Artikel, dann bringt er wieder in zwei Beilagen (Nr. 177 und 178) ausführlich die Antwort Kautskys gegen mich „Eine neue Strategie“, von meiner Replik aber in der Neuen Zeit „Ermattung oder Kampf“, die auf den ersten Kautskyschen Artikel erfolgte und seinen zweiten hervorgerufen hatte — kein einziges Wort! Einfach ausgelassen. In seiner gestrigen Nummer vom 16. August hat er das Verfümte endlich nachgetragen.

Nicht genug. Der Vorwärts hatte also erst über die beiden Kautskyschen Artikel referiert. Auch von meiner zweiten Antwort an Kautsky in der Neuen Zeit „Die Theorie und die Praxis“ haben die Leser des Vorwärts noch nicht eine Silbe erfahren. Und nun bringt der Vorwärts unter dem Titel „Die totgeschwiegene Wahlrechtsbewegung“ plötzlich am 7. August als erste eigene Stellungnahme zu der Diskussion, den schärfsten Ausfall gegen meinen letzten Artikel in der Neuen Zeit, non dem er seinen Lesern noch absolut nichts mitgeteilt hatte!

Genossin Luxemburg hatte im März dieses Jahres erklärt, es sei die Zeit gekommen, zu schärferen Mitteln als StraßenDemonstrationen im Wahlrechtskampf zu greifen. Eine große Massenstreikaktion müsse entfesselt werden, solle die Wahlrechtsbewegung nicht zusammenbrechen.

Die Partei reagierte nicht auf diese Aufforderung und nun erklärt Genossin Luxemburg am Ende ihrer bekannten Polemik, der Wahlrechtskampf in Preußen sei tatsächlich zusammengebrochen, und zwar deshalb, weil ihre Aufforderung keinen Widerhall fand.

„Und nun erklärt Genossin Luxemburg am Ende ihrer bekannten Polemik“ — wo erklärt sie? Wo ist „das Ende“ dieser „bekannten“ Polemik, von der der Vorwärts bis dahin nicht ein Wort über meine Artikel in der Neuen Zeit gebracht hatte? Was habe ich dort in Wirklichkeit dargelegt und behauptet? Das sollen die Leser des Vorwärts raten.

Nun kommt aber das Schönste. Der ganze unvermutete Ueberfall des Vorwärts am 7. August hat den Zweck, mir um jeden Preis eine Solidarität mit Kolb und Genossen zu imputieren, den Eindruck zu erwecken, als begünstige ich die babilische Rebellion, weil meine „Ausfälle“ sich „gegen dieselbe Seite richteten, gegen die die babilischen Budgetbewilliger den Kampf in erster Linie führen zu müssen glaubten: gegen die Parteigenossen Preußens und deren leitende Instanzen“. Der Vorwärts verschweigt aber dabei ruhig seinen Lesern, daß er bereits am 2. August einen Artikel von mir gegen die babilischen Budgetbewilliger und Hofgänger abgelehnt hat, der vielseltig noch gründlicher wie der Vorwärts selbst die Sache ansah und den Franz und Kolb mitsamt ihrem junglächerlichen Sancho Pansa Eisner die Freude an unfrer Auseinandersetzung über den preussischen Wahlrechtskampf tüchtig versalzen hätte. Der Artikel ist inzwischen in der Bremer Bürgerzeitung erschienen.

Nemand wird mir wohl übertriebene Schärfe vorwerfen, wenn ich dieses ganze Verfahren sehr — originell nenne.

Und nun einige Worte zur Sache. Der Vorwärts sucht jetzt meine Stellungnahme in der Frage, welche Taktik im preussischen Wahlrechtskampf anzuwenden wäre, als „Ausfälle“ gegen — die Parteigenossen Preußens“ hinzustellen. Er sucht mir die lächerliche Unsiht zuzuschreiben, die Wahlrechtsbewegung sei „zusammengebrochen“, weil man „meiner Anregung“ nicht gefolgt war“. Um sich diesen Konsens zu ermöglichen, verschweigt der Vorwärts aber seinen Lesern wiederum die Tatsache, daß die „Anregung“ zur Massenstreikaktion im Frühjahr durchaus nicht von mir ausgegangen war, daß bereits wochenlang vor jeder Aeußerung meinerseits in der Presse die Parteigenossen in Halle, Bremen, Kiel, Frankfurt, Breslau, Königsberg, Dortmund, Essen, sich mit der Frage befaßt hatten, daß vom Hessen-Nassauischen Bezirk z. B. eine formelle Anregung an den Parteivorstand ergangen war, die Frage der Anwendung des Massenstreiks ins Auge zu fassen. Ja, soll ich den Vorwärts daran erinnern, daß Anfang März die leitenden Instanzen der Partei und der Gewerkschaften selbst über die Anwendung des Demonstrationstreiks im Wahlkampf berieten. Die Stimmung in den weitesten Parteikreisen war also bereits so sehr für „schärfere Mittel“ eingenommen, die Anregung dazu war aus der Partei heraus so stark, daß sogar unsere leitenden Instanzen sich bereits mit der Frage befaßt hatten. Und das war alles in den ersten Tagen des März, bevor ich zur Frage des Massenstreiks eine Silbe geschrieben oder öffentlich gesprochen hätte. Alle diese Tatsachen sind doch dem Vorwärts ebenso bekannt wie mir, nur daß für ihn mit dem negativen Ergebnis der Verhandlungen der Parteinstanzen die Frage abgetan war nach dem Satz: Roma locuta, causa finita est (Der Parteivorstand hat gesprochen, die Sache ist erledigt), während ich der Auffassung war und bin, daß solche großen Massenaktionen, wie unsere preussische Wahlrechtsbewegung, nicht durch geheime Beschlüsse der obersten Instanzen, sondern durch Entschlüsse und Beschlüsse der breitesten Parteikreise zu leiten sind und daß deshalb den Anregungen der Kampf Stimmung dieser Parteikreise durch eine entklopfene und konsequente Weiterführung der Wahlrechtskampagne hätte Genüge getan werden sollen. Nicht deshalb ist also — wie ich in der Neuen Zeit ausführte — die Wahlrechtsbewegung zum Stillstand gekommen, weil man „meiner Anregung“ nicht gefolgt wäre, sondern weil man die prächtige Stimmung der Parteimassen durch allzu zaghafte Veranlassung von Demonstrationen und schließlich durch völlige Unterbrechung der Demonstrationen verzettelt hat. Kann es nun in gutem Glauben geschehen sein, wenn der Vorwärts, dem alle diese Tatsachen, dem die Stimmung der Partei

im Frühjahr wohlbekannt ist — hat er es sich doch extra Mühe kosten lassen, aus den Berichten über die Versammlungen in der Provinz Beifallskundgebungen zu den Ausführungen über den Massenstreik zu streichen — ich frage, kann es mit gutem Glauben geschehen, daß der Vorwärts jetzt von meinen „Ausfällen“ gegen „die preussischen Genossen“ spricht? Sind die Genossen in Halle, Breslau, Kiel, Frankfurt, Bremen, Solingen, Dortmund, Esersfeld, wo in Versammlungen und in der Presse entgegen dem Beschluß der Instanzen und entgegen dem Genossen Kautsky die Notwendigkeit der Massenstreikaktion mit allem Nachdruck ausgesprochen worden ist, sind die Massen der Genossen in Berlin, die auf eine Weiterführung der Kampagne brannten, keine Parteigenossen oder liegen alle diese Städte nicht in Preußen?

Die Frage des Wahlrechtskampfes und der in ihr anzuwendenden Taktik ist hochbedeutend. Da es sich hier um Massenaktionen, um außerparlamentarische Formen des Kampfes handelt, so steht die Partei vor ganz neuen taktischen Aufgaben. Sie alleseitig zu diskutieren, das Problem, das bei der nächsten Wiederaufnahme der Wahlrechtsbewegung von neuem vor uns stehen wird, auf Grund der Erfahrungen, der Analyse der jüngst vergangenen Kämpfe zu klären und dadurch die Massen und ihr Bewußtsein für die Zukunft vorzubereiten, das ist offenbar eine unumgängliche Notwendigkeit im Interesse der Partei. Glaubt der Vorwärts dem Interesse der Partei und ihrer Zukunft zu dienen, wenn er, nachdem er die ganze Diskussion lange totgeschwiegen, sie nun zum rein persönlichen Streit verzerrt, und anstatt seine Leser über all die ernstesten Seiten des Problems zu informieren, zum Denken anzuregen, als den einzigen Beitrag aus Eigenem ein — mit Verlaß zu sagen — ohnmächtig-gelächeltes Gebelzer voller Verdrehungen des Tatbestands gegen mich bringt, alle Fragen der Taktik aber mit einem Delirium der Freude über unsre jetzigen und künftigen Reichstagswahl siege betäuben will? Glaubt der Vorwärts im Ernst, daß der geistigen Vertiefung der breiten Parteikreise mit dieser ewigen Surrealistik über Reichstagswahl siege schon ein vielleicht anderthalb Jahre vor den Reichstagswahlen, sowie durch Erstidung aller Selbstkritik in der Partei ein Dienst erwiesen wird?

Vor allem bewundere ich aber die Kurzsichtigkeit des Vorwärts. Wir sehen, daß wir die Paroxysmen des Opportunismus, wie der jüngste babilische Vorstoß beweist, seit einem Duzend von Jahren nicht los werden. Es ist eine leichtsinnige Selbsttäuschung, diese Symptome durch bloße „Verbote“, auf dem einzigen Wege der „Disziplin“ aus der Welt schaffen zu wollen. Zwölfjährige Erfahrung muß jedem ernstlich Denkenden beweisen, daß die Partei dem Opportunismus gegenüber aus der bloßen Defensive in die Offensive übergehen, ihm systematisch entgegenarbeiten, gegen ihn den Acheron — die große Masse der Proletarier — in Bewegung setzen muß. Dämmert es da dem Vorwärts nicht, daß die Frage der Taktik in der preussischen Wahlrechtsbewegung doch in engem inneren Zusammenhang mit der Frage des babilischen Prinzipienverrats steht? Das heißt, begreift er denn nicht, daß eins der sichersten Mittel, die schleichenden Plünzde des parlamentarisch-reformistisch-partikularistischen Aretinismus zu verschleichen, große Massenaktionen sind, die die eigentliche Machtquelle der Sozialdemokratie und ihren Mutterboden: den einheitlichen revolutionären Willen des Klassenbewußten Proletariats in ganz Deutschland mit Unkraft unmittelbar zum Ausdruck bringen würden? Und begreift er nicht, daß er, indem er die Kritik und die Debatten über diese Fragen zu persönlichen Rechthabereten und Liebhabereien verzerrt und zu ersticken sucht, ganz unbewußt wieder demselben Revisionismus Wind in die Segel bläst, gegen dessen räuberische Flotte er im Schwelge des Angeichts kämpft?

Und da soll ich — weil ich die Abbrechung der Wahlrechtsbewegung konstatiert und zu erklären versucht habe — „tief im Schmolzwinkel vergraben liegen“ und „äußerst „verbittert“ sein... Du lieber Himmel, selbst wenn ich „schmolzen“ und verbittert sein wollte: ich muß jedesmal, wenn ich die Haltung des Vorwärts in der ganzen Wahlrechtsdebatte sehe, lachen. Freilich, da es doch unser leitendes Zentralorgan ist, nur mit einem Auge,

Meschi-Bern, 10. August.

Gewerkschaftsbewegung.

Der erste Einhaltsbefehl gegen das Streikrecht!

Neu York, 10. August.

Seit dem Buds-Stone-Urteil gegen Gompers, Mitchell und Morrison, die Leiter des amerikanischen Gewerkschaftsbunds, sind in den Gerichten der Vereinigten Staaten Entscheidungen, die es den Arbeitern verwehren, gegen kapitalistische Bedrückung mit dem Kampfmittel des Boykotts zu reagieren, an der Tagesordnung. Der sensationellste Fall dieser Art war der des Hutmacherverbands, der von dem Bundesgericht zu Danbury wegen Boykotts zu 225 000 Dollar Schadenersatz verurteilt wurde, nachdem schon vorher nicht nur die Verbände selbst, sondern sogar die privaten Spareinlagen von Verbandsmitgliedern zugunsten des boykottierten Fabrikanten „konfiszliert“ worden waren. Mit dem Raub an Boykottrecht und an den Gewerkschaftskassen ist die Erfindungsgabe der amerikanischen Klassenjustiz noch lange nicht erschöpft. Der neueste und bisher auch der frechste Angriff auf die Arbeiterrechte in diesem „Land der Freien“ wurde dieser Tage aus Boston, der Hauptstadt des hochindustriellen Neu-England, gemeldet. Dort hat Richter Richardson am 29. Juli einen Einhaltsbefehl erlassen, durch den sowohl den Mitgliedern wie den Beamten des Verbands der Photografeure untersagt wird, „Arbeiter der Firma Folsom u. Sunergren durch Einschüchterung oder Ueberredung zu veranlassen, ihr Arbeitsverhältnis aus einem der in der Klage genannten Gründe zu lösen“. Folsom u. Sunergren hatten sich geweigert, mit der Gewerkschaft zu verhandeln, deren sämtliche Schreiben diese Proben unbeantwortet ließen. Daraufhin traten dann die organisierten Arbeiter dieses Etablissements am 25. Juli in den Streik.

Die Entscheidung basiert auf dem Sherman'schen Antitrust-Gesetz, das seit Jahren gegen die Gewerkschaften, an die der Gesetzgeber seinerzeit zugestandenemweise gar nicht gedacht hat, mit der größten Rigorosität angewandt wird.